

Antrag

der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, René Springer, Dr. Anton Friesen, Paul Podolay, Waldemar Herdt, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund, Udo Theodor Hemmelgarn, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Joana Cotar, Dr. Gottfried Curio, Siegbert Dröse, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Verena Hartmann, Martin Hebner, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Dr. Marc Jongen, Norbert Kleinwächter, Enrico Komning, Jörn König, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Jens Maier, Andreas Mrosek, Volker Münz, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Das deutsche Engagement in Afghanistan beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hatte 2002 nach dem Sturz des Taliban-Regimes das Ziel formuliert, aus Afghanistan unter Berücksichtigung regionaler und kultureller Besonderheiten einen demokratischen Staat nach westlichem Muster zu machen. Hierzu gehört der Aufbau eines funktionierenden Staatsapparates, mit Staatsbediensteten, deren Loyalität nicht primär ihrem Stamm, sondern dem geltenden Recht gilt, und damit verbunden die Überwindung der Korruption und der Kultur der Vetternwirtschaft.

Voraussetzung für die Erreichung aller innenpolitischen Ziele ist jedoch die Beendigung des Bürgerkrieges in Afghanistan. Nach nunmehr 18 Jahren Einsatz in Afghanistan ist es nicht gelungen, die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, das Land in der Fläche nachhaltig zu befrieden. Nicht nur, dass die Lage nicht besser wird, sie wird immer schlechter. Inzwischen wird wieder mehr als die Hälfte des Landes durch die Taliban und andere Gruppen kontrolliert. Das entspricht dem Stand von 2001.

Da die Bundesregierung nicht in der Lage ist, ein glaubhaftes Szenario und eine belastbare Planung zu präsentieren, die eine Trendumkehr herbeiführen würde, ist damit zu rechnen, dass sich dieser Trend zum Schlechteren fortsetzen wird. Dies wird voraussichtlich dazu führen, dass die Zentralregierung in Kabul in den nächsten Jahren kollabieren wird. Das wiederholte Scheitern der Briten und Rus-

sen in Afghanistan in den vergangenen 150 Jahren sollte uns mahnen, wie schwierig Veränderungen in Afghanistan durchzusetzen sind. Darüber hinaus droht auch ein Szenario ähnlich dem Fall von Saigon im Jahre 1975.

Dem Bundestag ist bewusst, dass der Abzug des Westens, also nicht nur der militärischen Kräfte, sondern auch der zivilen Entwicklungsorganisationen die bereits erreichten punktuellen Verbesserungen und Teilerfolge gefährden würde. Da sich die Taliban bis dato jeder Gesprächsbereitschaft verweigert haben und zu befürchten ist, dass sie und andere relevante Gruppen ihre Herrschaft in großen Teilen des Landes ausbauen werden, besteht kein Grund zur Annahme, dass die erzielten Fortschritte gegen den Willen dieser Kräfte bewahrt werden können.

Im Übrigen ist festzustellen, dass bereits jetzt eine Vielzahl diplomatischer Kanäle geöffnet worden ist, um der sich verschlechternden Lage der Regierung in Kabul zu begegnen. Leider erfolglos.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. das deutsche Engagement am Hindukusch in folgenden Schritten zu beenden:
den Abzug deutscher Entwicklungsorganisationen (soweit beeinflussbar) veranlassen, den Abzug der deutschen Unterstützungskräfte aus Verwaltung, Justiz und Polizei vorbereiten und durchführen, die noch verbliebenen deutschen Streitkräfte im engen Schulterschluss mit unseren Verbündeten abziehen,
2. sich hierbei auch auf eventuell erforderliche kurzfristige Evakuierungsoperationen vorzubereiten,
3. im Benehmen mit den Verbündeten in der NATO den Beschluss zum unverzüglichen, geordneten Abzug der NATO aus Afghanistan herbeizuführen,
4. Kräfte und Mittel so vorzuhalten, dass Deutschland seine Verbündeten und Partner bei Bedarf bei der Durchführung ihrer Abzugsbewegungen substanziell unterstützen kann,
5. sich für eine Friedensmission der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Afghanistan unter Mandat der Vereinten Nationen einzusetzen, die den aktuellen Einsatz der internationalen Gemeinschaft ersetzen könnte und
6. die Akteure vor Ort darin zu unterstützen, Möglichkeiten einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft sowie den relevanten internationalen Organisationen für den Zeitraum nach dem Abzug Deutschlands zu vereinbaren.

Berlin, den 22. Januar 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.